

## Antrag

der Abgeordneten Siegfried Vergin, Freimut Duve, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Peter Conradi, Dr. Nils Diederich (Berlin), Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Dr. Peter Glotz, Günter Graf, Gerlinde Hämmerle, Christel Hanewinkel, Dieter Heistermann, Stephan Hilsberg, Gabriele Iwersen, Dr. Ulrich Janzen, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Eckart Kuhlwein, Uwe Lambinus, Dr. Christine Lucyga, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Markus Meckel, Siegmars Mosdorf, Michael Müller (Düsseldorf), Doris Odendahl, Peter Paterna, Dr. Willfried Penner, Dr. Eckhart Pick, Rudolf Purps, Bernd Reuter, Günter Rixe, Dieter Schloten, Renate Schmidt (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Jürgen Schmude, Dr. R. Werner Schuster, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Johannes Singer, Dr. Hartmut Soell, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Wolfgang Thierse, Günther Tietjen, Uta Titze, Hans-Günther Toetemeyer, Günter Verheugen, Hans Wallow, Ernst Waltemathe, Gerd Wartenberg (Berlin), Dr. Konstanze Wegner, Barbara Weiler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Jochen Welt, Gudrun Weyel, Dieter Wiefelspütz, Uta Zapf, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

## Leitlinien zu den Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Wir Deutschen müssen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen leben. Für die Mahnung, die an künftige Generationen von diesen Diktaturen ausgeht, tragen wir alle, trägt die Bundesrepublik Deutschland insgesamt Verantwortung.

Eine Gleichsetzung der beiden Diktaturen verbietet sich, ein Vergleich nicht. Die NS-Herrschaft, durch die Agonie der Weimarer Republik ermöglicht, hat Menschen aus rassistischen, weltanschaulichen und politischen Gründen systematisch verfolgt und vertrieben, mißhandelt und vernichtet. Die Völker Europas sind überfallen worden. Am Ende war der Kontinent verwüstet.

In der Folge etablierte sich die von der sowjetischen Siegermacht etablierte Herrschaft der SED, die von Anfang an mit Repressionen gegen politisch Andersdenkende verbunden war, am 17. Juni 1953 nur mit Gewalt erhalten werden konnte und über 40 Jahre Millionen von Landsleuten drangsalierte.

Nach der Vereinigung müssen wir Deutschen für die Erinnerung an diese Doppelpatridie eine unserer Geschichte angemessene

Form finden. Die Geschichte der Völker kennt das Gedenken an die Untaten der Gegner. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist versucht worden, in würdiger Form der Verbrechen, die von Deutschen im deutschen Namen verübt wurden, zu gedenken.

Gedenkstätten als weithin sichtbares Zeichen für die Gesamtverantwortung sind entstanden. Bürger und Bürgerinnen sind initiativ geworden, Gemeinden, Städte, Länder haben solche Initiativen aufgegriffen. Die bildende Kunst, die Literatur, die Filmkultur haben eine besondere Rolle wahrgenommen.

Der Deutsche Bundestag ist sich seiner Verantwortung für die Fortführung dieser Arbeit im Geiste der Demokratie bewußt.

Gedenkstätten können die Erinnerung wachhalten an die tödlichen Irrwege der Diktaturen, an die Leiden der Opfer und ihrer Angehörigen, sie bewahren Spuren des Terrors, sie helfen bei der historischen Auseinandersetzung und sie bleiben die Mahnzeichen für die Menschen- und Bürgerrechte in der Zukunft.

Der Deutsche Bundestag sieht in dieser Entschließung ein Signal der Freundschaft an unsere europäischen Nachbarn. Denn er ist sich der Tatsache bewußt, daß die Erinnerungen an die NS-Verbrechen und auch der Widerstand Teil der historischen Erfahrungen vieler anderer Nationen sind. Gerade weil es im 20. Jahrhundert nicht nur Diktaturen der Deutschen gegeben hat, gerade weil wir auch nach Beendigung des Kalten Krieges immer wieder Zeitzeugen von diktatorischem Terror in vielen Staaten der Welt sind, wollen wir Deutschen erneut ein Zeichen setzen, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen.

Die Errichtung und Erhaltung von Gedenkstätten in oder in der Nähe von Gemeinden waren und sind keine leichte Aufgabe. Oft stehen ihre Namen für Terror und Verbrechen, die nicht von ihnen, sondern von der Staatsherrschaft angeordnet und durchgeführt wurden. Der Deutsche Bundestag dankt ausdrücklich allen Bürgerinnen und Bürgern, die im Inland wie im Ausland zu dieser Arbeit beigetragen haben.

- I. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung der NS-Gedenkstätten für das geeinte Deutschland:
  - Sie halten das Wissen über die NS-Zeit und ihre beispiellosen Verbrechen lebendig,
  - sie bewahren die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors,
  - sie fördern die Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Folgen des NS-Terrors und
  - sie leisten einen Beitrag zur Versöhnung.
  
- II. In der ehemaligen DDR sind Gedenkstätten auch zur ideologischen Rechtfertigung und Absicherung der eigenen Diktatur benutzt worden. Der politische Mißbrauch des Leidens der Opfer erfordert eine Neubesinnung. Eine Neukonzeption sollte neben der Anerkennung geleisteter Arbeit besonders die Fehlentwicklungen beachten:

- die einseitige Wahrnehmung und verzerrte Darstellung des historischen Geschehens,
- die unmittelbare und mittelbare politische Vereinnahmung der Vergangenheit zur Legitimation der SED und der DDR und
- die autoritären Formen der Gedenkstättenarbeit, die den mündigen, fragenden Besucher nicht kannte.

Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung durch den Bund mitzufördern,

- in denen den historischen Tatsachen entsprechend alle Opfergruppen der Terrorregime berücksichtigt werden und nicht eine bestimmte einseitig hervorgehoben wird,
- die in ihrer Konzeption die Instrumentalisierung der Gedenkstätten durch die SED überwunden haben,
- die in ihrer personellen Besetzung einen Neubeginn gewährleisten und
- die der Idee der Menschen- und Bürgerrechte verpflichtet sind.

- III. Der Deutsche Bundestag hält es für unverzichtbar, die sogenannten „Speziallager“ in der SBZ und DDR von 1945 bis 1950 in die Gedenkstättenarbeit einzubeziehen. Auch die Erinnerung an die Speziallager muß Teil der politischen Kultur sein.

Der Deutsche Bundestag hält es für gesichert, daß in den auf der Basis des Potsdamer Abkommens, des Gesetzes Nr. 10 des Alliierten Kontrollrates sowie der Alliierten Kontrollratsdirektive Nr. 38 eingerichteten Lagern keineswegs nur Funktionsträger des NS-Staates und andere ehemalige Nationalsozialisten eingesperrt waren: Dort befanden sich auch völlig willkürlich Verhaftete, Menschen, die sich der Politik der Besatzungsmacht und der Kommunisten widersetzen, Jugendliche unter Werwolfverdacht und sogar Menschen, die schon in Konzentrationslagern der Nationalsozialisten gelitten hatten.

In der DDR wurde die Existenz der „Speziallager“ tabuisiert, ihre Opfer mußten schweigen und wurden verschwiegen.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, auch Gedenkstätten an die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR auf Vorschlag der Länder im Rahmen ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung zu unterstützen.

- IV. Alle Opfer der Terrorregime haben Anspruch darauf, nicht vergessen zu werden.

Der Deutsche Bundestag tritt ausdrücklich einer Gleichsetzung von NS-Verbrechen und kommunistischen Verbrechen in der SBZ/DDR entgegen. Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert noch

die Verbrechen des Stalinismus mit Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden. Die Unterschiedlichkeit der beiden Systeme muß in der inhaltlichen Gestaltung der Gedenkstätten deutlich zum Ausdruck kommen.

- V. Der Deutsche Bundestag hält es für richtig, Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern (z. B. Bautzen, Normannenstraße), nach Absprache mit den Bundesländern durch den Bund mitzufördern.
- VI. Der Deutsche Bundestag sieht in den Gedenkstätten eine besondere Verpflichtung des demokratischen Gesamtstaates und unterstreicht ungeachtet der grundgesetzlich festgelegten Zuständigkeitsverteilung seinen Willen, sich an der Ausgestaltung der Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland finanziell zu beteiligen. Der Deutsche Bundestag sieht auch eine bundesunmittelbare Zuständigkeit für die besonders herausragenden Gedenkstätten an die Opfer der NS-Zeit im Ausland.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die bisher unternommenen Anstrengungen der Bundesregierung. Er fordert die Bundesregierung auf, über die bisher von ihr wahrgenommene gesamtstaatliche Verantwortung und die nach Artikel 35 des Einigungsvertrages eingegangene Verpflichtung hinaus

- in Absprache mit den jeweiligen Bundesländern sich mit 50 % an den Errichtungs- und Unterhaltskosten der Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung zu beteiligen und
- sich mit 50 % an den Kosten der politischen Bildungsarbeit (Begegnungs- und Bildungsveranstaltungen) in diesen Gedenkstätten zu beteiligen.

- VII. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die bestehende Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die wichtigen Gedenkstätten im Ausland, vor allem in Polen. Er fordert die Bundesregierung auf, alles zu tun, um in Gemeinschaft mit den beteiligten Staaten die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit wachzuhalten.

Bonn, den 29. Juni 1992

<b>Siegfried Vergin</b>	<b>Rudolf Purps</b>
<b>Freimut Duve</b>	<b>Bernd Reuter</b>
<b>Angelika Barbe</b>	<b>Günter Rixe</b>
<b>Hans Gottfried Bernrath</b>	<b>Dieter Schloten</b>
<b>Peter Conradi</b>	<b>Renate Schmidt (Nürnberg)</b>
<b>Dr. Nils Diederich (Berlin)</b>	<b>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)</b>
<b>Dr. Peter Eckardt</b>	<b>Dr. Jürgen Schmude</b>
<b>Dr. Konrad Elmer</b>	<b>Dr. R. Werner Schuster</b>
<b>Evelin Fischer (Gräfenhainichen)</b>	<b>Gisela Schröter</b>
<b>Dr. Peter Glotz</b>	<b>Rolf Schwanitz</b>
<b>Günter Graf</b>	<b>Bodo Seidenthal</b>
<b>Gerlinde Hämmerle</b>	<b>Horst Sielaff</b>
<b>Christel Hanewinckel</b>	<b>Johannes Singer</b>
<b>Dieter Heistermann</b>	<b>Dr. Hartmut Soell</b>
<b>Stephan Hilsberg</b>	<b>Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast</b>
<b>Gabriele Iwersen</b>	<b>Wolfgang Thierse</b>
<b>Dr. Ulrich Janzen</b>	<b>Günther Tietjen</b>
<b>Fritz Rudolf Körper</b>	<b>Uta Titze</b>
<b>Walter Kolbow</b>	<b>Hans-Günther Toetemeyer</b>
<b>Eckart Kuhlwein</b>	<b>Günter Verheugen</b>
<b>Uwe Lambinus</b>	<b>Hans Wallow</b>
<b>Dr. Christine Lucyga</b>	<b>Ernst Waltemathe</b>
<b>Dorle Marx</b>	<b>Gerd Wartenberg (Berlin)</b>
<b>Ulrike Mascher</b>	<b>Dr. Konstanze Wegner</b>
<b>Christoph Matschie</b>	<b>Barbara Weiler</b>
<b>Markus Meckel</b>	<b>Gert Weisskirchen (Wiesloch)</b>
<b>Siegmar Mosdorf</b>	<b>Jochen Welt</b>
<b>Michael Müller (Düsseldorf)</b>	<b>Gudrun Weyel</b>
<b>Doris Odendahl</b>	<b>Dieter Wiefelspütz</b>
<b>Peter Paterna</b>	<b>Uta Zapf</b>
<b>Dr. Willfried Penner</b>	<b>Hans-Ulrich Klose und Fraktion</b>
<b>Dr. Eckhart Pick</b>	





